



Ein stundenlanger Raketen- und Drohnenangriff auf Kiew hat gestern mindestens 20 Menschen das Leben gekostet, darunter vier Kinder, wie ukrainische Behörden mitteilten. Es war der massivste Angriff auf die Hauptstadt seit dem Treffen zwischen Donald Trump und Wladimir Putin in Alaska vor weniger als zwei Wochen – und ein deutliches Zeichen dafür, dass die jüngste diplomatische Offensive der USA bislang keinen Fortschritt in Richtung Frieden zwischen Russland und der Ukraine gebracht hat.

„Russland wählt ballistische Raketen statt den Verhandlungstisch“, schrieb der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj auf Social Media. „Es entscheidet sich, weiter zu töten, statt den Krieg zu beenden. Und das bedeutet, dass Russland noch immer keine Angst vor den Konsequenzen hat.“

Trump hatte sich wiederholt frustriert über Putins Angriffe auf die Ukraine geäußert, jedoch keine seiner angekündigten Sanktionen gegen Russland bislang umgesetzt.

Treffer auf EU-Vertretung: Bei dem Angriff wurden auch Gebäude der EU-Vertretung und des British Council in Kiew beschädigt. Großbritannien bestellte daraufhin den russischen Botschafter ein, um offiziell Protest einzulegen.

Weitere Schritte: Selenskyj erklärte, sein Stabschef und der Leiter des nationalen Sicherheitsrats würden sich heute in New York mit Trumps Team treffen, um über Sicherheitsgarantien für ein künftiges Friedensabkommen zu beraten.

Nach Angaben westlicher Beamter überfliegen russische und mit Russland verbündete Kräfte derzeit regelmäßig Transportwege in Deutschland, über die die USA und ihre Partner Militärgüter in die Ukraine liefern – mithilfe von Aufklärungsdrohnen.

Widerstand in den eigenen Reihen: Israels Reservisten verweigern den Dienst

Israel bereitet derzeit eine Großoffensive auf Gaza-Stadt vor und plant dafür die Einberufung Tausender Reservisten. Doch die Regierung ist sich unsicher, wie viele tatsächlich den Einberufungsbefehlen folgen werden.



In den vergangenen Monaten ist die Zahl der israelischen Reservisten, die nicht zum Dienst erscheinen, stetig gestiegen. Einige sind vom Krieg desillusioniert, viele andere erschöpft – nach langen Einsätzen und Kämpfen an mehreren Fronten, etwa im Libanon, in Syrien und im Westjordanland.

Während Israels Regierung einen umfassenden Angriff auf Gaza-Stadt angekündigt hat, kontrollieren die Streitkräfte bislang nur wenige Stadtteile. Seit Wochen operieren sie allerdings im Viertel Zeitoun. Neue Satellitenbilder sollen laut der *New York Times* zeigen, dass der Stadtteil, der noch vor drei Wochen weitgehend unversehrt war, durch israelische Bombardierungen inzwischen nahezu vollständig zerstört worden ist.

Europa will Sanktionen gegen Iran wiedereinführen

Großbritannien, Frankreich und Deutschland haben der UNO gestern mitgeteilt, dass der Iran gegen das Atomabkommen von 2015 verstoßen habe und sie daher planen, die im Rahmen des Abkommens ausgesetzten Sanktionen wieder in Kraft zu setzen.

Der sogenannte „Snapback-Mechanismus“, der in einer Resolution des UNO-Sicherheitsrats verankert ist, eröffnet ein 30-tägiges Verhandlungsfenster, bevor die Strafmaßnahmen automatisch wieder eingesetzt werden. Der Iran bezeichnete das Vorgehen als illegal und warf den europäischen Staaten vor, damit den laufenden Dialog mit der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) zu untergraben.

Weitere wichtige Meldungen:

USA: Lisa Cook, Mitglied im Gouverneursrat der US-Notenbank (Fed), hat Donald Trump verklagt – wegen ihrer Entlassung durch ihn. Zudem verschärft sich der Konflikt in der US-Gesundheitsbehörde CDC: Trump-Unterstützer Robert F. Kennedy Jr. versucht, die Direktorin Susan Monarez zu entlassen.



Libanon: Die UNO hat beschlossen, ihre Friedensmission im Süden des Landes 2027 zu beenden. Israel begrüßte den Schritt.

Syrien: Bei israelischen Luftangriffen auf einen Vorort von Damaskus sollen offiziellen Angaben zufolge mindestens sechs syrische Soldaten getötet worden sein.

Haiti: Die Trump-Regierung schlägt eine deutlich größere internationale Einsatztruppe vor, um die Kontrolle über das von Banden terrorisierte Land zurückzugewinnen.

Hongkong: Der Prozess gegen den Medienunternehmer Jimmy Lai ist zu Ende gegangen – ob er freikommt, dürfte jedoch von politischen Faktoren abhängen.

Handel: Trumps drastische Schutzzölle bringen viele US-Kleinunternehmen in Bedrängnis. Länder wie Brasilien und Indien, bislang als verlässliche Produktionsstandorte geschätzt, geraten zunehmend aus dem Fokus.

Autor: P. Tiko